

# Steinberger: Kein Bedarf an der B 15 neu

„Jede Minute stirbt auf der Welt ein Kind und wir wollen fruchtbares Ackerland teeren.“ So kommentierte ein Besucher bei der Veranstaltung der B15 neu-Gegner den Versuch, der autobahnähnlichen Bundesstraße im neuen Bundesverkehrswegeplan die höchste Priorität einräumen zu lassen. Für die Gäste im vollbesetzten Saal des Gasthauses Pointvogel-Jodl war klar, dass diese Straße nicht nur wertvolles Ackerland zerstört, sondern auch die Lebensqualität der Anwohner stark einschränkt, ohne dass ihr Nutzen wirklich klar ist.

VON HARALD SCHWARZ

**Obertaufkirchen** – Informationen aus erster Hand lieferte die Grünen-Landtagsabgeordnete Rosi Steinberger, die die möglichen Auswirkungen bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes darstellte. Gleichzeitig forderte sie alle Bürger auf, jetzt, wenn die Öffentlichkeit ihre Stellungnahme zu der



Eine Welturaufführung erlebten die Besucher bei der Versammlung der B15 neu-Gegner. In Gstanzlform wurde der Kampf gegen das Straßenbauprojekt unterstützt. „Wir lassen uns die Heimat nicht zerstören“. Dabei bekamen vor allem die CSU-Politiker auf Gemeinde- und Kreisebene für ihre Wankelmütigkeit ihr Fett weg.. FOTO HSC

geplanten B15 neu abgeben könne, von diesem Recht auch Gebrauch zu machen. Verkehrsprojekte würden überwiegend da gebaut, wo der wenigste Widerstand zu erwarten ist.

Martin Kirschner, einer der Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Bau der B15 neu, meinte, dass in einer Zeit, in der es in Sachen Terror und Flüchtlingskrise drunter und drüber gehe, eine Autobahn fast schon Ne-

bensache sei. Aber eben nur fast, denn sie betreffe die Menschen aus Obertaufkirchen und Umgebung hautnah. In Kürze hätten die Bürger die Möglichkeit, ihre Meinung zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes zu sagen. Wenn der Referentenentwurf veröffentlicht wird, dann werde auch klar sein, wie wichtig die Bundesregierung die B15 neu einstuft. Kirschner rief alle Bürger dazu auf,

sich einzumischen und ihre Meinung zu äußern.

Grünen-Abgeordnete Rosi Steinberger zeigte das Hin und Her in Sachen B15 neu auf, das letztlich dazu geführt hat, dass die sogenannte raumgeordnete Trasse für den neuen Bundesverkehrswegeplan nach Berlin gemeldet wurde, obwohl sie eigentlich schon ad acta gelegt war. Dazu kommt die Prüfung des bestandsnahen Ausbaus der B15 alt mit Ortsumfahrun-

gen für Dorfen, St. Wolfgang und Taufkirchen. Dabei habe der Freistaat 398 Straßenbauprojekte angemeldet. Rund 2000 Kilometer Straßen, deren Kosten den Bundeshaushalt für die nächsten 140 Jahre belasten würden. Nur Projekte, die es in den vordringlichen oder in den neu geschaffenen vordringlichen Bedarf plus schaffen, hätten die Aussicht, dass sie umgesetzt werden.

Steinberger machte auf eine weitere Problematik aufmerksam. In den vergangenen Jahren sei die Sanierung der bestehenden Straßen sträflich vernachlässigt worden, sodass die Mittel des Bundesverkehrsministeriums zu 70 Prozent für die Sanierung verwendet werden müssten. Nur noch 30 Prozent stehen für Neubauprojekte zur Verfügung. Entscheidender Faktor sei die Kosten-Nutzen-Rechnung. Anhand einer Grafik belegte sie, dass der Bedarf für die B15 neu eigentlich nicht gegeben sei. Autobahnen werden normalerweise auf Strecken gebaut, wo mehr als 30000 Fahrzeuge fahren. Auf der B15 neu rechne man aber gerade einmal mit 10000 bis 15000 Fahrzeugen.

Steinberger sprach auch die durchaus nicht unumstrittene Finanzierung von neuen Straßenbauprojekten über private Investoren an, die ihrer Ansicht nach dem

Staat im Endeffekt noch mehr kosten, als wenn er die Straßen selbst bauen würde. Doch würden die Kosten durch die private Finanzierung „unseren Kindern und Kindeskindern aufgebürdet“. Private Investoren hätten darüber hinaus keine Ambitionen, die Projekte möglichst billig zu bauen.

Dass dieses Straßenbauprojekt auch den Klimaschutzziele von Bundeskanzlerin Merkel widerspreche, beließ sie als Randnotiz. Im Laufe der Diskussion wurde auch bemängelt, dass dem Schienenverkehr viel zu wenig Priorität eingeräumt werde.

Gisela Floegel stellte die „Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der Autobahntrasse Regensburg-Rosenheim“ vor, unter deren Dach die Obertaufkirchener Bürgerinitiative aktiv ist. Sie machte deutlich, dass sich hinter diesem Namen ein gemeinnütziger Verein verbirgt, den es seit 1974 gibt und der erst gegen den Bau einer A93 gekämpft hat, die dann „verniedlichend“ in B15 neu umbenannt worden sei. Einige waren sich alle Teilnehmer an diesem Treffen, dass die neue Straße den Bürgern vor Ort nur wenig Entlastung bringt, da sie für den Durchgangsverkehr ausgelegt sei. Auch eine Entlastung der bisher von der B15 alt betroffenen Orte sei nicht zu erwarten.